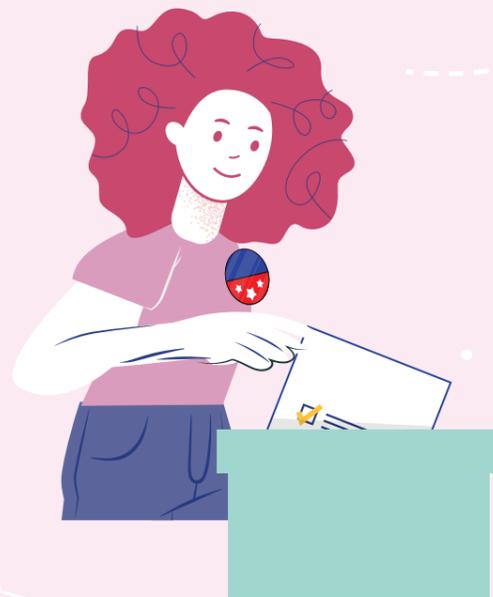


WAHLALTER

» Sollten alle jungen Menschen europaweit immer ab 16 wählen dürfen? Können Sie sich eine (weitere) Senkung des aktiven und passiven Wahlalters vorstellen? «



DAS STECKT HINTER DIESER FRAGE

An der Europawahl kannst du diesmal in Deutschland teilnehmen, wenn du mindestens 16 Jahre alt bist. In anderen Ländern gilt noch ein Wahlalter von 18 oder 21 Jahren. Das aktive Wahlrecht bedeutet, dass du jemanden wählen darfst, dieses Recht hast du jetzt ab 16 Jahren. Mit dem aktiven Wahlrecht dagegen, kannst du selbst Kandidat*in bei der Wahl sein, dafür musst du 18 sein. Das gilt für die Europawahl, nicht aber für die Bundestagswahl oder in anderen europäischen Ländern - ein schönes Durcheinander. Daher die Frage, ob das Wahlalter europaweit immer - also zu allen Wahlen - bei 16 Jahren liegen sollte.

Folgen

Neben Österreich, Malta und Griechenland ist Deutschland erst das vierte Land in Europa, das die Europawahl ab 16 ermöglicht. Nun gilt es erstmal Erfahrungen mit der neuen Regelung zu sammeln und die Ergebnisse, z. B. wie stark das Interesse der unter 18-Jährigen an der Wahl ist, auszuwerten. Schließlich ist in unserer Verfassung das Wahlalter nicht ohne Grund eigentlich auf die Volljährigkeit bezogen, also den Zeitpunkt, an dem junge Menschen die rechtliche Verantwortung für sich übernehmen und voll geschäftsfähig sind. Eine weitere Absenkung des Wahlalters oder die Ausweitung der Absenkung des Wahlalters auf die Bundestagswahl lehnen CDU und CSU ab.

Folgen

Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Junge Menschen sind derzeit im politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in Deutschland Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit wird. Wir wollen, dass Jugendliche besser an politischen Prozessen beteiligt werden. Eine weitere Absenkung des Wahlalters prüfen wir kontinuierlich.

Folgen

Wir haben in der SPD-geführten Bundesregierung dafür gesorgt, dass Jugendliche bei den kommenden Europawahlen mitentscheiden dürfen – indem wir das aktive Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt haben. Um dies auch für die Wahlen zum Deutschen Bundestag so zu regeln, braucht es eine Grundgesetzänderung mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Erst durch die entsprechende Absenkung des passiven Wahlalters aber wären Jugendliche wirklich am demokratischen Entscheidungsprozess beteiligt. Allerdings: Jede Altersgrenze bleibt willkürlich. Perspektivisch sollte für junge Menschen die individuelle Bereitschaft zu wählen entscheidender sein als eine objektive Altersgrenze – ähnlich wie am Lebensende auch.

Folgen

Ja. Wir wollen das aktive Wahlrecht in allen EU-Mitgliedsländern auf 16 Jahre senken. Dies wird in Deutschland bei dieser Europawahl der Fall sein. Leider konnten sich das Parlament und die Mitgliedsstaaten immer noch nicht auf eine umfassende Reform des EU-Wahlrechts einigen. Deshalb dürfen nicht in allen EU-Staaten Menschen ab 16 Jahren wählen. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns auch für eine weitere Absenkung des Wahlalters ein und haben deshalb in unserem Bundestagswahlprogramm 2021 eine Absenkung auf 14 Jahre gefordert.

Folgen

Warum steht hier nichts?
Die Antwort steht auf der Seite 4.

Folgen

Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Teilhabe. Es ist das vornehmste Recht in einer Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts. Junge Menschen nehmen bereits in vielen Lebensbereichen Verantwortung wahr. Sie sind auch diejenigen, die am längsten von politischen Entscheidungen beeinflusst werden. Deshalb sind wir Freie Demokraten für eine allgemeine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Europäischen Parlament – in Deutschland haben wir dies als Teil der Bundesregierung bereits umgesetzt. Zugleich wollen wir die politische Bildung an allen Schulformen stärken.